

An die Berliner Bevölkerung!

Erklärung der Berliner Sozialdemokraten zur Wahl am 7. Dezember 1958

Nach vierjähriger Tätigkeit als führende Regierungspartei tritt die Berliner Sozialdemokratie vor die Wähler unserer Stadt und bittet weiterhin um ihr Vertrauen.

Am 7. Dezember geht es darum, ob die positiven Leistungen des von Otto Suhr und Willy Brandt geführten Senats fortgesetzt werden sollen oder nicht.

In den letzten vier Jahren wurden

- die Freiheit und Sicherheit Berlins weiter gefestigt;
- die politische und wirtschaftliche Verbindung unserer Stadt mit dem übrigen Bundesgebiet noch enger gestaltet;
- der Wiederaufbau Berlins als Hauptstadt Deutschlands erfolgreich fortgesetzt;
- die wirtschaftliche Gesundung Berlins weiter vorangetrieben;
- der Lebensstandard für große Teile unserer Bevölkerung wesentlich erhöht;
- 130 000 neue Arbeitsplätze geschaffen;
- 83 000 neue Wohnungen gebaut;
- über 3000 neue Altersheimplätze und Hospitalbetten geschaffen;
- die Betreuung unserer Kranken erheblich verbessert;
- 70 Mill. DM für den Ausbau und die Modernisierung unserer Krankenhäuser ausgegeben;
- für die Kinder unserer erwerbstätigen Mütter weitere Kindertagesstätten errichtet;
- die Berliner Schulen weiter aus- und aufgebaut, insbesondere der Schichtunterricht praktisch beseitigt;
- Kunst und Wissenschaft nachhaltig gefördert und viele alte, ehrwürdige Baudenkmäler wiederhergestellt;
- zahlreiche neue Sportstätten und Schwimmbäder geschaffen;
- das Verkehrsnetz wesentlich erweitert und viele unserer Straßen dem weltstädtischen Verkehr angepaßt;
- der Leistungsstand der städtischen Betriebe verbessert und die Versorgung Berlins auch für die Zukunft sichergestellt;
- die Grundlagen zu einer umfassenden Verwaltungsreform gelegt;
- entscheidende Maßnahmen zur Verbilligung und Verbesserung der Verwaltung in Angriff genommen.

Alle diese Leistungen sind in Berlin unter sozialdemokratischer Führung verwirklicht worden. Ohne die Zuverlässigkeit, den Fleiß und den nüchternen Tatsächensinn der Berliner Arbeiterschaft und ihrer Vertreter, ohne die Standhaftigkeit und die Opferbereitschaft unserer Frauen, ohne den unbeugsamen Freiheitswillen der gesamten Berliner Bevölkerung wären diese Erfolge nicht möglich gewesen. Hierbei erkennen wir die unserer Stadt gewährte Unterstützung durch die mit Berlin besonders verbundenen Länder dankbar an. Diese Hilfe zeigt, welches große politische und wirtschaftliche Vertrauen in die Sicherheit dieser Stadt, in die Tüchtigkeit und den Fleiß ihrer Bürger und in die Vernunft ihrer Führung gesetzt worden ist. Damit ist auch die vor vier Jahren aufgestellte bössartige Behauptung endgültig widerlegt, ein von Sozialdemokraten regiertes Berlin würde in der freien Welt kein Vertrauen genießen. Wenn die Bundesregierung ihrer selbstverständlichen nationalen Verpflichtung zur finanziellen Unterstützung unserer Stadt schließlich im wesentlichen entsprochen hat, so bedurfte es ständig des unermüdbaren Drängens von sozialdemokratischer Seite. Was aber auch Berlin an Hilfe gewährt worden ist, es wurde arbeit- und wertschöpfend verwandt. So gedenken wir es auch weiterhin zu tun, solange unsere Stadt infolge ihrer besonderen Situation auf Hilfe von außen angewiesen ist.

Wir sind auf die von Ernst Reuter begonnene und von seinen Nachfolgern fortgesetzte Arbeit stolz. Dennoch bleibt noch viel zu tun. Wir Berliner Sozialdemokraten wollen weiter arbeiten, die errungenen Erfolge ausbauen, das Geschaffene sichern und vor allem auch jenen helfen, die am allgemeinen wirtschaftlichen Aufstieg bisher noch nicht beteiligt wurden. Daß sie im rücksichtslosen Existenzkampf nicht vollends beiseite gestoßen worden sind, verdanken sie der Tatsache, daß sich Sozialdemokraten immer wieder schützend vor sie gestellt haben.

Worauf kommt es uns in den nächsten vier Jahren vor allem an?

Es müssen weiter Wohnungen gebaut werden, aber nicht nur für bevorzugte Gruppen, sondern insbesondere auch für

- junge Ehepaare,
- Alleinstehende und
- Bewohner von Bruchbuden.

Für die Berliner Arbeitnehmer sind

- die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern,
- weitere Arbeitsplätze zu schaffen, vor allem für die erwerbslosen älteren Angestellten,
- alle Bemühungen um restlose Anpassung des Berliner Lohn- und Gehaltsniveaus an das übrige Bundesgebiet nach Kräften zu unterstützen.

Das Notstandsprogramm muß verlängert und erweitert werden, solange dies erforderlich ist.

Um den Mittelstand zu fördern, muß

- vor allem die Kaufkraft der Bevölkerung gesichert,
- die Kreditaufnahme für Handel und Handwerk erleichtert,
- die Gewerbesteuer angemessen gesenkt werden.

Unsere alten Mitbürger haben Anspruch auf einen umsorgten Lebensabend. Dazu brauchen wir

- noch mehr Alterswohnheim- und Hospitalplätze.
- Außerdem sind die sozialen Leistungen an die steigenden Lebenshaltungskosten anzupassen.

Wir brauchen in Berlin mehr Krankenhausbetten. Das bedeutet

- Neubau von Krankenhäusern,
- Ausbau der vorhandenen Krankenhäuser,
- alle ausgestattet nach den neuesten Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft.

Wo es gilt, der vorwärtstrebenden Jugend den Start in das Berufsleben zu erleichtern, ist sie unserer Hilfe gewiß.

Wenn wir unser aller Dasein in Freiheit behaupten wollen, kann für die Bildung und Ausbildung der heranwachsenden Generation nicht genug gesehen. Daraus folgt:

- Die Berliner Schule muß weiter ausgebaut werden,
- die berufsbildenden Schulen sind mit allen Mitteln zu fördern,
- unsere Hochschulen und Universitäten müssen in der Lage sein, jedem Befähigten eine gründliche akademische Ausbildung zu vermitteln.

Zur weiteren Verbesserung der Verkehrsverhältnisse muß noch viel geschehen:

- Das Straßennetz bedarf eines weiteren Ausbaues,
- das U-Bahn-Netz muß erweitert werden,
- neue Omnibuslinien sind einzurichten.

Auf dem Wege zu einer möglichst unbürokratischen und sparsamen Verwaltung muß weiter fortgeschritten werden.

Was immer auch an täglichen Aufgaben vor uns steht, wir bleiben uns der gesamtdeutschen Verpflichtung selbstverständlich stets bewußt. Darum ringen wir um

- neue Initiativen zur Lösung der deutschen Frage und zur Sicherung des Friedens,
- Milderung der unheilvollen Auswirkungen der deutschen Spaltung,
- Entlassung der politischen Häftlinge,
- Pflege der menschlichen Kontakte mit den Bewohnern des Ostsektors und der Zone,
- gleichberechtigte Teilnahme der Ostberliner am kulturellen und politischen Leben des freien Teiles unserer Stadt.

Wir Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß die Berliner Bevölkerung am 7. Dezember — wie in den vergangenen Jahren — ihr politisches und moralisches Urteil über die SED fällen wird, die für die Abschnürungen, Schikanen und Erpressungsversuche im Ostsektor und der Zone verantwortlich ist.

Ziel aller unserer Arbeit, Inhalt allen unseren Strebens ist und bleibt

BERLIN

- als Hauptstadt des wiedervereinigten freien Deutschlands,
- als Stätte friedlicher und fleißiger Aufbauarbeit,
- als Mittelpunkt des deutschen Wirtschafts- und Kulturlebens,
- als weltoffene Heimstatt von Wissenschaft, Kunst, geistiger und religiöser Toleranz,
- als Vaterstadt einer in Frieden und Freiheit heranwachsenden Jugend.

Für dieses Berlin kämpfen und verzehrten sich die unvergessenen Berliner Sozialdemokraten:

Ernst Reuter — Louise Schroeder — Otto Suhr.

Für dieses Berlin arbeitet Willy Brandt, gemeinsam mit den Frauen und Männern seines und unseres Vertrauens.

Was wir versprechen ist: weiter zu arbeiten wie bisher.

Was wir brauchen, wie bisher, ist Vertrauen.

Vertrauen zu Willy Brandt!

Vertrauen zu der bewährten Führung unserer Stadt!

Vertrauen zu den Sozialdemokraten als der führenden Partei des freien Berlin!